

V3-Beschluss Ein Gesamtkonzept für gesunde Ernährung braucht eine Zucker- und Süßungsmittelsteuer

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 15.07.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Verschiedene Anträge

448 Die Grüne Jugend NRW nimmt die aktuelle Debatte zur Einführung einer
449 Zuckersteuer in Deutschland zum Anreiz ihren Einsatz für eine gesündere
450 Ernährung und eine bessere Prävention vor ernährungsbedingten Krankheiten zu
451 erneuern und an die jüngeren Entwicklungen anzupassen.

452 Die Grüne Jugend NRW schließt sich der jahrelangen Forderung des Berufsverbands
453 der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) an und fordert **eine bessere**
454 **Adipositasprävention**. Der Bewegungsdrang der Kinder und Jugendlichen muss
455 gefördert werden.

456 Den Forderungen von mehr als 2.000 Ärzt*innen und deren breiten Bündnis aus 15
457 Ärzt*innenverbänden, Fachorganisationen und Krankenkassen entsprechend ist es
458 nach Meinung der Grünen Jugend NRW ebenso wichtig **Beschränkungen** und Richtlinien
459 für an Kinder gerichtete **Lebensmittelwerbung** und deren gezielten und zum Teil
460 unterschweligen Botschaften zu setzen.

461 Ergänzt werden soll dies mit verbindlichen **Mindeststandards** für die öffentliche
462 Beschaffung von gesunder, zuckerarmer **Schul- und Kitaverpflegung**. Zahlen, wie in
463 den USA, dass bei bestimmten Sendungen oder Serien 60 Prozent der Werbung für
464 ernährungstechnisch bedenkliche Lebensmittel genutzt werden, müssen in
465 Deutschland im Fernsehen wie im Internet verhindert werden. Ein positives Image
466 soll bei jungen Leuten nur dann kreierte werden dürfen, wenn es das Produkt aus
467 gesundheitlicher Sicht auch verdient. Alternativ könnte dies durch eine
468 zusätzliche Steuerregulierung erschwert werden.

469 Auf Seiten der **Ernährungspsychologie** setzt sich die Grüne Jugend NRW dafür ein
470 mehr zu lehren, zu erklären, unbewusste Prozesse bewusst zu machen und zu
471 verdeutlichen, wie emotionales Essen funktioniert und die Psychologie hinter
472 unserem Essverhalten tiefgreifender zu beleuchten. Dazu gehört auch, dass Eltern
473 durch gemeinsame Mahlzeiten und ihr Einkaufsverhalten das Gesundheits- und
474 Ernährungsbewusstsein ihrer Kinder wesentlich prägen. Daher fordert die Grüne
475 Jugend NRW nicht nur eine **gezieltere Aufklärung und Weiterbildung** für Kinder und

476 Jugendliche in der Schule, sondern auch Informationsangebote und -kampagnen für
477 Eltern. Die Grüne Jugend NRW schließt sich in diesem Kontext der Forderung aus
478 der KiGGS-Studie des Robert-Koch-Instituts an, welche die Bekämpfung sozial
479 ungleich verteilter Gesundheitschancen in den Vordergrund stellt.

480 Die Grüne Jugend NRW kritisiert des Weiteren die **zu wenig wahrgenommene**
481 **Hersteller*innenverantwortung** der Wirtschaft und vertraut nicht weiter auf deren
482 Eigeninitiative. Damit stellt sie sich gegen den marktliberalen Gedanken,
483 welcher das Prinzip der Konsument*innensouveränität zwar zu Recht in den
484 Vordergrund stellt, aber gleichzeitig die Unternehmen missinterpretierend aus
485 der Pflicht nimmt. Dabei geht es nicht darum den Konsument*innen vorzuschreiben,
486 was sie zu essen haben, sondern sie vor versteckten Fallen und
487 unverantwortlichem Verkaufsinteresse der Großkonzerne zu schützen.

488 Im jüngsten Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD auf Bundesebene steht, dass
489 eine „**Nationale Reduktionsstrategie für Zucker, Fett und Salz in**
490 **Fertigprodukten**“ gemeinsam mit den Beteiligten konzeptualisiert werden soll und
491 dieses „mit wissenschaftlich fundierten, verbindlichen Zielmarken und einem
492 konkreten Zeitplan versehen“ werden soll. Allerdings spricht
493 Verbraucher*innenministerin Julia Klöckner, welche dazu vor allem
494 Vertreter*innen der Lebensmittelhersteller*innen der Zucker- und Fettbranchen
495 eingeladen hat, von einem Dialog mit den Akteur*innen. Das Ergebnis von Ende
496 April 2018 fiel dann auch weitaus enttäuschender aus als zunächst anzunehmen
497 war. Die CDU-Ministerin setzte sich allein für eine Verstärkung der
498 Ernährungsbildung, einer Sensibilisierung der Bürger*innen und Verbraucher*innen
499 und einer nachvollziehbaren Kennzeichnungen ein, ohne dabei konkreter zu werden.
500 Hauptaussage ihrer politischen Botschaft war, dass sie sich „gegen die
501 Diskriminierung einzelner Zutaten“ stelle. Diese **rückwärtsgewandte und**
502 **Verbraucher*innenschädigende Haltung verurteilt die Grüne Jugend NRW scharf.**
503 Supermarktketten machen bis zu 10 Prozent ihres Umsatzes mit Süßwaren. Sie
504 dürfen nicht mit dem selbstformulierten Versprechen davonkommen Pilotprodukte
505 sukzessive ins Sortiment aufzunehmen oder ihr Eigenmarkensortiment bis 2020 auf
506 den Zuckergehalt überprüfen zu wollen. **Ausreden** wie jene des Spitzenverbands der
507 Lebensmittelwirtschaft, dem Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde,
508 dass Zuckerarten, Fette und Salze nicht nur Geschmacksträger sind, sondern auch
509 eine Reihe von technologischen Eigenschaften, wie der Haltbarkeit und der
510 Beschaffenheit von Lebensmitteln mit sich bringen und bestehende Rezepturen so
511 überarbeiten werden müssten, dass sie noch schmecken, **nimmt die Grüne Jugend NRW**
512 **nicht mehr hin.** Sie verweist darauf, dass Zucker eher reichlich hinzugefügt
513 wird, um deren Fülle zu nutzen und hochwertigere und weniger kostengünstige
514 Zutaten zu vermeiden.

515 Gleichzeitig sieht die Grüne Jugend NRW die Gefahr, dass für viele
516 Verbraucher*innen, trotz bestehender Nährwerttabelle, schwer zu erkennen ist wie
517 viel Zucker tatsächlich in einem Produkt steckt, weil dort nur herkömmlicher
518 Haushalts-Zucker deklariert werden muss und andere Süßungsmittel nicht. Meist

519 werden Konzentrate oder Fruchtsaftkonzentrate eingesetzt, die zu einem hohen
520 Zuckergehalt führen können, aber nicht als üblicher Zuckerzusatz gelten. Diese
521 werden zwar in der Zutatenliste angegeben, meist versteckten sie sich jedoch
522 hinter anderen Namen und chemischen Begriffen, welche sich **insgesamt in über 70**
523 **verschiedene Namen und Stoffe aufteilen. Beispiele sind** Dextrose, Polydextrose,
524 Maltodextrin, Maltit Cyclamat, Glukose-Sirup, Traubensüße, Gerstenmalzextrakt,
525 Invertzuckersirup oder Süßungsmittel wie Xylit, Acesulfam oder Aspartam. Gerade
526 Süßungsmittel und kalorienfreie Süßstoffe wie Acesulfam und Aspartam machen
527 allerdings nicht zwingend schlank und können sogar Studien zufolge schädlich
528 sein, weil sie den Stoffwechsel und die Auskleidung der Blutgefäße ungünstig
529 verändern können. Dabei ist anzumerken, dass insbesondere bei Sucralose, Stevia
530 und Saccharin noch keine fundierten Kenntnisse existieren und es dringend
531 **wissenschaftlicher Felduntersuchungen** dazu bedarf. Die Deutsche Gesellschaft für
532 Ernährung (DGE) rät daher auch „statt Zucker durch Süßstoffe zu ersetzen
533 grundsätzlich auf ‚weniger süß‘ umzustellen“.

534 Die Grüne Jugend NRW fordert daher **die Erweiterung der Nährwerttabelle mit einer**
535 **differenzierten Ampelkennzeichnung** für Zucker, Fett und Salz, wie sie von
536 Verbraucherschützer*innen seit Jahren gefordert wird und damit eine
537 obligatorische Produktkennzeichnung mit einer verständlichen und vergleichbaren
538 Lebensmittelkennzeichnung. Dabei soll das dreigliedrige Ampelfarben-Schema von
539 „grün, gelb und rot“ mit dunkelgrün und orange erweitert werden, um deutlichere
540 Abstufungen vornehmen zu können und Zuckerbomben mit einem Blick eindeutig
541 identifizieren zu können.

542 Der visuelle Anreiz für Verbraucher*innen soll nach Meinung der Grünen Jugend
543 NRW dabei mit einem **finanziellen Anreiz für die Hersteller*innen** kombiniert
544 werden. Dem Wunsch der Mehrheit von 53 Prozent der Menschen in Deutschland
545 folgend, wie eine Umfrage von YouGov im Auftrag von foodwatch im Mai 2018 ergab,
546 setzt sich die Grüne Jugend NRW für eine Steuer auf überzuckerte Getränke ein.
547 Die Weltgesundheitsorganisation WHO empfahl zum Welt-Adipositas-Tag bereits eine
548 solche Steuer von mindestens 20 Prozent. Vorstellbar wäre also etwa eine Steuer
549 von 20 Cent pro Liter für alle Getränke die mehr als fünf Gramm Zucker je 100
550 Milliliter enthalten.

551 Als Vorbild sieht die Grüne Jugend NRW Länder wie Berkeley (USA), Dänemark,
552 Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Mexiko und Ungarn wo bereits
553 Sondersteuern oder -abgaben auf Süßgetränke und Soft-Drinks oder bestimmte
554 Lebensmittelgruppen wie Schokolade, Zuckerwaren und Speiseeis oder besonders
555 kalorienreiche Produkte, wie z.B. sogenannte Junkfood-Produkte, existieren.
556 Diese Hersteller*innenabgaben können dann zweckgebunden in Präventionsprojekte
557 oder im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung eingesetzt werden. Dazu
558 gehört vor allem, dass die **Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)**,
559 wie es bereits im Präventionsgesetz vorgesehen ist, mit **mehr Mitteln**
560 ausgestattet wird.

561 Eine generell **gerechtere oder andere Besteuerung von Lebensmitteln**, welche
562 beispielsweise die Besteuerung von Mineralwasser mit 19 Prozent und eines
563 Schokoriegels mit sieben Prozent Mehrwertsteuer anpasst oder ausgleicht, ist
564 ebenso ein Ziel der Grünen Jugend NRW.

565 Die Tatsache, dass über fünf Millionen Menschen in der Lebensmittel- und
566 Zuckerbranche arbeiten, erfordert ein **Gesamtkonzept**, welches alle in die
567 Verantwortung nimmt, die bisherigen vereinzelt Maßnahmen wie in der
568 Adipositas-Prävention oder der Sportförderung zusammenführt, und allen gerecht
569 wird. Die Grüne Jugend NRW fordert in diesem Zuge auch eine höhere Bereitschaft
570 der Krankenkassen bei der **Kostenübernahme für chirurgische Eingriffe bei**
571 **Adipositas-Patient*innen**. Magenverkleinerungen sind für die breite Bevölkerung
572 viel zu teuer und viele Medikamente gegen Adipositas benötigen ein immenses Maß
573 an weitergehender Forschung.

574 Langfristig muss es darum gehen, dass Konsument*innen weniger Süßes nachfragen,
575 wie es das ife, Institut für Ernährungswirtschaft, empfiehlt. Wobei
576 Zuckerreduktion dazu führen kann, dass mehr gegessen wird und damit mehr
577 Kalorien als vorher aufgenommen wird. Es muss deutlich sein, dass
578 zuckerreduziert nicht unbedingt kalorienreduziert bedeutet. Für ein gelingendes
579 Gesamtkonzept gilt es daher auch gesundheitsrelevante Verhaltensweisen abhängig
580 von strukturellen Bedingungen und Umweltfaktoren zu begreifen und Ansätze zu
581 finden, welche auch die Beschaffenheit der Wohnumgebung, der
582 Einzelhandelskonstellation vor Ort, Grünflächen, Spielplätze, Sportangebote, und
583 Verkehr sowie Sicherheit in Betracht ziehen. Existierende Zucker-Alternativen
584 müssen unterstützt, ausgebaut und gefördert werden und die Tatsache, dass
585 Fertigprodukte im Vergleich zu Rohwaren oft teurer sind, genutzt werden, um
586 **frische Lebensmittel und eigenes Kochen** zu bewerben. Gleichzeitig müssen gesunde
587 und **nachhaltig produzierte Lebensmittel weiter gefördert** werden und auch
588 finanziell für jeden Mitmenschen in einem ausreichenden Maße erschwinglich sein.

589 Bei der Betrachtung der bisherigen Folgen in den anderen Ländern fällt auf, dass
590 einige Hersteller*innen den Zuckergehalt, beispielsweise bei Softdrinks, auf
591 knapp unter den Grenzwert gesenkt und den Rest durch diverse Süßstoffe ersetzt
592 haben. Laut einer Studie des britischen Gesundheitsministeriums ist der
593 Zuckeranteil in Softdrinks zwar um zwölf Prozent zurückgegangen, aber in einem
594 vergleichbaren Verhältnis der Anteil an Ersatzstoffen gestiegen. Ebenfalls ist
595 festzuhalten, dass die Absatzzahlen von Süßgetränken und -essen nach Einführung
596 der Steuern beispielsweise in Berkeley, Mexiko und Ungarn bereits gesunken sind.
597 In Berkeley oder auch Mexiko nahm parallel der Konsum von Wasser zu. Die Grüne
598 Jugend NRW fordert in diesem Zusammenhang neben der Einführung einer Steuer auf
599 Zucker auch eine **vergleichbare Steuer auf alle Süßungsmittel**, um substituierende
600 Effekte zu vermeiden.

601 Ebenso soll ein **staatliches Monitoring** der Auswirkungen auf die Rezepturen der

602 Lebensmittelproduzent*innen und die Absatzzahlen durchgeführt werden, um die
603 tatsächlichen Auswirkungen eines neuen Steuersystems evaluieren, begleiten und
604 mittelfristig Anpassungen vornehmen zu können.

Begründung

Begründung:

Zuckerhaltige Speisen und Getränke befördern nachweislich Übergewicht, Typ-2-Diabetes und Zahnkrankheiten wie Karies und andere chronischen Krankheiten. Nach verschiedenen Angaben machen sie schlaff, antriebslos, müde, depressiv und werden mit einem erhöhten Risiko für Herz- und Herz-Kreislauferkrankungen, Hypertonie, Rücken- und Gelenkproblemen, Gicht, Stoffwechselkrankheiten, Diabetes oder einer Fettleber in Verbindung gebracht. Ebenso wird als eine der Folgen der Auswirkungen auch soziale Isolierung immer wieder angeführt. Für die Ernährung sind sie bedenklich, weil sie quasi nur Kalorien und keine Nährstoffe enthalten. Sie sättigen also nicht und können den ganzen Tag verzehrt werden. Dabei lässt sich die Problematik eines übermäßigen Konsums nur schwer vermeiden weil Zucker in fast allen verarbeiteten Lebensmitteln steckt. Die Debatte um eine klarere Kennzeichnung existiert bereits einige Jahrzehnte doch führte sie noch zu keinen gesetzgeberischen Ergebnissen und die Selbstverpflichtung von Herstellern und Supermarktketten sorgte nur begrenzt für eine Reduktion der Verwendung in den Lebensmittelprodukten.

Übermäßiger Zuckerkonsum führt schon bei 14-Jährigen dazu, dass bleibende Zähne gezogen werden müssen und dauerhafte Zahnimplantate benötigt werden. Ein weiteres Beispiel sind die derzeit 6,7 Millionen Menschen in Deutschland mit Diabetes, der sogenannten Zuckerkrankheit. Deren aktuelle Menge entspricht einer Steigerung um etwa 38 Prozent seit Beginn des Jahrtausends. Dazu erklärte die Deutsche Diabeteshilfe in ihrem Jahresbericht 2017, dass pro Jahr etwa 40.000 Beine, Füße oder Zehen amputiert werden, etwa 2000 Menschen wegen Diabetes erblinden oder ein schweres Nierenleiden besitzen, welches nur mit einer Dialyse, also mit einer künstlichen Blutwäsche, gelindert werden kann.

Bereits 2010 befasste sich das Europäische Parlament mit einem verbraucherfreundlichen und verbindlichen Ampel-Kennzeichnungssystem für Lebensmittel, um Zutaten und deren Anteil erkennen zu können und 2014 brachte der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages einen ersten Bericht heraus, der sich mit dem Thema Lebensmittelsteuer beschäftigte. Beide Initiativen konnten sich bisher jedoch nicht gegen die Interessen der Wirtschaft durchsetzen und führten nicht zu neuen gesetzlichen Vorgaben.

Dabei sind die Zahlen zunehmend besorgniserregend. Nach aktuellen Zahlen konsumieren wir 34-35kg Zucker pro Jahr bei einer ungefähren Tagesdosis von 100 Gramm. 1985 waren es noch 17kg und 2008 schon etwa 25kg. Der heutige Konsum entspricht einer Jahresmenge von circa 11.536 Zuckerkwürfeln, welche gestapelt 126 Meter ergeben und damit einen Zuckerturm bilden, welcher fast so hoch ist wie der Kölner Dom. Daneben rät die Deutsche Gesellschaft für Ernährung zu einem Tageskonsum von maximal 50 Gramm Zucker pro Tag und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt sogar gerade mal die Hälfte. Allerdings ist die Grenze der WHO mit einem Glas Coca-Cola (250ml) mit ihren 26 Gramm Zucker, welche etwa neun Stück Würfelzucker entsprechen, schon überschritten. Zuckerhaltige Getränke machen beim gleichen Konzern 64,8 Prozent des Absatzvolumens aus. Mit 3585 Millionen Litern pro Jahr, verkauft der Marktführer fast das

Dreifache des Branchenzweiten "Mitteldeutsche Erfrischungsgetränke" (1350 Liter).

Dies führt, neben andersgelagerter Fehlernährung und zu geringer sportlicher Betätigung, dazu, dass fast jedes sechste Kind in Deutschland, etwa 15 Prozent, übergewichtig ist. Während die Zahl der übergewichtigen Kinder seit den 1990er-Jahren um 50 Prozent zugenommen hat, hat sich die Zahl der krankhaft fettleibigen Kinder sogar verdoppelt. Im letzten Jahrzehnt sind diese Zahlen nicht weiter angestiegen, haben sich jedoch auf dem hohen Niveau stabilisiert. Nach Angaben der Aktion "Ärzte gegen Fehlernährung" sind bei den Erwachsenen in Deutschland heute rund zwei Drittel aller Männer (67 Prozent) und mehr als die Hälfte der Frauen (53 Prozent) übergewichtig sowie 23 Prozent der Männer und 24 Prozent der Frauen adipös. Das führt dazu, dass nach Zahlen des Robert Koch-Instituts das Problem Übergewicht, Fachbegriff Adipositas, jährlich Kosten von rund 63 Milliarden Euro erzeugt. Damit können Adipositas nicht mehr als individuelles Problem beschrieben werden und müssen als ein gesellschaftliches Kernanliegen verstanden werden, deren negativen Auswirkungen bekämpft werden müssen. Einer "adipogenen Umwelt", wie sie DAG-Präsident Professor Martin Wabitsch beschreibt, muss sich entschieden entgegen gestellt werden.